

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0510/2006**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 26.10.2006

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Johannes Loheide

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	30.10.2006	Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	06.11.2006	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	16.11.2006	Entscheidung

### Betreff:

**Weiterentwicklung des Beteiligungsmanagement der Universitätsstadt Gießen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2006 -**

### Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat:

- a) das Beteiligungsmanagement der Universitätsstadt Gießen im Sinne einer berichts-basierten Steuerung kommunaler Beteiligungen weiter zu entwickeln.
- b) den Beteiligungsbericht zu einem Instrument qualitativer Steuerung zu erweitern. Neben ökonomischen Zielen müssen hierbei auch qualitative Ziele vorgesehen werden. Hierbei sind mindestens die folgenden Dimensionen zu berücksichtigen:
  - Sachziele, z.B. Versorgung mit Energie, Wohnraum oder auch Umweltziele
  - Markt-/Kundenziele, z.B. Preise, Kundenzufriedenheit
  - Finanzziele/Effizienz, z.B. Gewinn und Verlust, Renditen
  - Organisationsziele, z.B. Qualität der Arbeitsplätze, Entwicklungsperspektive des UnternehmensFür die einzelnen Zieldimensionen werden Kennzahlen entwickelt (z.B. Stellung des Beteiligungsunternehmens im Verhältnis zu den Besten vergleichbaren Unternehmen).
- c) auf Basis der berichts-basierten Steuerung werden dem Stadtparlament seitens des Beteiligungsmanagements zweimal in der Legislaturperiode alternative Vorschläge für die grundsätzliche Weiterentwicklung der einzelnen Beteiligungen zur Entscheidung

vorgelegt. Jährlich wird der Stadtverordnetenversammlung der erweiterte Beteiligungsbericht zur Kenntnis gegeben.

**Begründung:**

Kommunalpolitik hat einen Modernisierungsbedarf, der den aktuellen Entwicklungen gerecht wird. Da immer mehr kommunale Aufgaben ausgelagert werden, muss die Steuerung dieser Bereiche auf eine neue Basis gestellt werden. Statt zufällig einzelne Detailfragen in der Stadtverordnetenversammlung zu diskutieren bedarf es eines rationalen Politikprozesses, der sicherstellt, dass die Ziele der städtischen Unternehmen und Beteiligungen demokratisch entschieden und die Zielerreichung auch erreicht und kontrolliert wird.

Durch die Weiterentwicklung des Beteiligungsmanagements soll erreicht werden, dass auch Sachziele neben der finanziellen Entwicklung der Beteiligung weiterhin eine angemessene Beachtung finden. Zudem sollen Diskussionen stärker auf die grundsätzliche Ausrichtung, weniger auf einzelne Projekte fokussiert werden. Zum Beispiel erscheint es sinnvoller über die Gesamtquote ökologisch erzeugten Stroms zu entscheiden, als über die Installation von Solarzellen auf einem konkreten städtischen Gebäude.

gez. Johannes Loheide